

mal im religionsdemoskopischen Bereich heraus. Während in Rom die Bischofssynode tagte, wurden über das römische Büro der KNA Auszüge – besser würde man sagen, willkürlich zusammengewürfelte Fragmente – aus einer vom Institut Allensbach durchgeführten Umfrage „Katholiken 1985“ veröffentlicht. Teile daraus wurden auch von verschiedenen Tageszeitungen übernommen.

Beim ersten Lesen kam einem manches bekannt vor: z.B. daß der Glaube an das ewige Leben wieder zunehme. Nur hatte man's von anderen Umfragen, sogar desselben Instituts, differenzierter im Kopf. Z.B. zeigte die in Deutschland ebenfalls von Allensbach durchgeführte sog. Werteumfrage, daß der Glaube an das Jenseits – was immer im einzelnen darunter verstanden wird – zwar bei den über 60jährigen zu-, aber insbesondere bei der jungen Generation weiter deutlich abnimmt. Anderes schien in eine bestimmte Richtung zu weisen: z.B. die Erkundung der Papsttreue. (Nur noch 23 Prozent der deutschen Katholiken geben an, für sie seien päpstliche Weisungen bindend. Aber was sagt das schon? Interessant zu wissen wäre in welcher Beziehung.) Oder die für manche scheinbar wieder so bedeutsame Frage nach der geistlichen Kleidung (immerhin 35 Prozent waren laut dieser Umfrage der Meinung, Priester und Ordensleute sollten als solche in der Öffentlichkeit auch erkennbar sein.) Aber insgesamt hatte die Umfrage wenig Auffallendes an sich.

Kopfschütteln löste erst ein am gleichen Tag (28. November) verbreiteter Kommentar eines ehemaligen Mitarbeiters von KNA Rom aus, der nicht nur einen „Befund“ an die Spitze stellte („zunehmende Religiosität, abnehmende Kirchen- und Papsttreue“), der in den veröffentlichten Umfrageergebnissen selbst so keinen Anhalt hat und der – jedenfalls im ersten Teil der Aussage – allen gerade in den letzten Jahren gewonnenen religionsdemoskopischen Erkenntnissen diametral widerspricht: Es ist inzwischen eine kaum noch bestrittene empirische Grunderkenntnis, daß mit der

Kirchenbindung auch persönliche religiöse Praxis abnimmt.

Der Kommentar teilte auch neue, in der KNA-Meldung nicht enthaltene Daten mit, z.B. daß die Hälfte der Katholiken die Existenz des Teufels als eine „übermenschliche Macht“ und als eine „reale und nicht (nur) symbolische Erscheinung“ leugne. Auch daran war schon wegen der sehr allgemeinen Formulierung nichts Überraschendes. Das „Ergebnis“ entspricht gängigen Profilen.

Überrascht hat allerdings die ungehörige und aufdringliche Art, nach der in dem Kommentar Parallelen zu Kardinal Ratzingers Buch-Interview „Zur Lage des Glaubens“ (München 1985) gezogen wurden. Die Umfrage bestätigte, so der Kommentator, „die vielfach als pessimistisch abgetane, in Wirklichkeit jedoch realistische Sicht des Kardinals“. Zwar beabsichtige die Umfrage, die „im Sommer“ in Auftrag gegeben wurde, nicht „empirische Stellungnahmen zu den Aussagen des Präfekten der Glaubenskongregation zu liefern“. Dennoch lohne ein Vergleich, er biete Hintergrund und verdeutliche Zusammenhänge. Worin die Zusammenhänge bestehen sollen, ist allerdings nicht einzusehen: denn Ratzingers Thesen werden durch die Umfrage weder bestätigt noch dementiert. Es gibt außer z.B. an einem parallelen Interesse am Thema Teufel einfach keine gemeinsame Fragestellung. Und selbst das Teufelsthema ist bei Ratzinger so zentral nicht, wie es in dem KNA-Kommentar dargestellt wurde.

Aber wie eingangs gesagt, es gibt immer Gruppen, die Profil gewinnen und gegebenenfalls sich irgendwo einhängen wollen; irgendwo findet sich dann immer jemand, der Zusammenhänge entdeckt bzw. solche erstellt. Um so wichtiger ist es in solchen Fällen zu wissen, wer der Auftraggeber war. Als insgesamt seriöse Agentur hätte KNA die Möglichkeit gehabt, diesen zu erfahren und ihn den Lesern bzw. Benutzern mitzuteilen. Und das insgesamt ebenfalls als seriös geltende Institut Allensbach täte wohl besser daran, sich mit Vorausmeldungen bis zum Vorliegen der Auswer-

tung (diese stand erst Wochen später zur Verfügung) zurückzuhalten. Aber dann hätte es die Synode in Rom nicht mehr gegeben. Der Auftraggeber: Una Voce International mit Sitz in Montreux, eine Nachricht, die so neu auch wieder nicht ist, denn die gleiche Gruppe hatte Allensbach bereits öfters mit Umfragen beauftragt.

se

Unter sich

Kongreß der „Kirche von unten“ in Aachen

Ein symbolträchtiges Datum wie der 20. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Vatikanischen Konzils am 8. Dezember kann auch für diejenigen Anlaß sein, sich zu treffen, denen die nachkonziliaren Reformbemühungen innerhalb der katholischen Kirche nicht schnell genug vorangehen. Als in Rom die Bischofssynode bereits ihrem Ende entgegenging, trafen sich vom 6. bis 8. Dezember in Aachen, dem Ort des nächsten Katholikentags, auf Einladung der „Initiative Kirche von unten“ 200 Mitglieder und Sympathisanten kirchenkritischer Gruppen, um sich an das Konzil zu erinnern und sich Rechenschaft zu geben über den eigenen Standort.

Sieht man einmal von der Theologie der Befreiung ab, die für IKVU-Kreise gewissermaßen zum kleinen Einmal-eins gehört, waren alle wichtigen Fragen mit mehr oder weniger bekannten Namen vertreten: Gemeinde (*Norbert Mette*), Frieden (*Heinz Missalla*), Gerechtigkeit und Solidarität (*Vinzenz Bone OFM*), Ökumene (*Konrad Raiser*), Arbeit (*Marita Estor*), Frauen (*Anneliese Lissner*). In *Giovanni Franzoni* war ein Großer aus dem Dissenzkatholizismus früherer Jahre anwesend. Und *Jacques Gaillot*, Bischof von Evreux und der kritisch engagierte Vorzeigebischof seines Landes, verlieh dem Treffen noch etwas bischöflichen Glanz.

„Die Kirche erneuern um der Menschen willen“ – unter diesem Titel verabschiedete man ein sogenanntes

Aachener Manifest, in dem im wesentlichen bekannte Überlegungen und Forderungen zu den genannten sechs Themenbereichen wiederholt werden. Zentrale Perspektive ist ein angestrebter „Ortswechsel“ der Kirche weg von denen, die mächtig sind, hin zu denen, die arm sind und keine Stimme besitzen.

Das Aachener Treffen geriet insgesamt zu einem soliden „Familientreffen“ – aber auch zu nicht mehr. Man fragt sich, warum Gruppen, die ihre eigene Identität gerade auch aus der Konfrontation mit der herrschenden Kirchenwirklichkeit beziehen, nicht ein deutlicheres Zeichen ihrer Präsenz gelingt. Wenn auch in Deutschland im Vorfeld der römischen Synode keine ebenso erregte Debatte über die weitere Entwicklung der Kirche entstand wie in Frankreich, so hatte doch auch hier die innerkirchliche Diskussion eine in dieser Weise kaum vorhersehbare Zuspitzung erfahren, von der ein Treffen wie das der IKvU an sich hätte profitieren müssen. Nach Auskunft der Veranstalter des Aachener Treffens lag es an der Planung. Trotzdem wirft dies ein bezeichnendes Licht auf die Situation kirchenkritischer Gruppen hierzulande. Die Bäume des sogenannten kritischen Katholizismus wachsen nicht in den Himmel, worüber sich allerdings niemand derjenigen freuen sollte, die ohnehin der Ansicht sind, daß diese Bäume kein sonderliches Wachstum verdienten. Denn die Kirche benötigt mehr Identifikationsmöglichkeiten, als strikt amtlich-hierarchisch gedacht vorhanden sind. Insofern wäre Lustlosigkeit unter den kritischen Gruppen ein Verlust für die Gesamtkirche.

Oder hat es vielleicht daran gelegen, daß für viele, gerade auch jüngere Katholiken das Konzil keineswegs mehr die Aufbruchstimmung bedeutet, wie sie ältere Generationen bis heute mit ihm verbinden. Für die nachwachsenden Generationen fehlt mehr und mehr die Erfahrung der vorkonziliaren Alternative. Das Konzil selbst gerinnt zu einem geschichtlichen Datum ohne unmittelbaren Bezug zur eigenen Erfahrung. Für sol-

che Teile der jüngeren Katholikengenerationen hat die Auseinandersetzung um die Theologie der Befreiung u. U. eine ähnliche identitätsbildende Bedeutung wie das Konzil sie für die anderen gehabt hat.

nt

Konzession

Laienseelsorger in Ungarn

Mit Datum vom 20. September wurde in Ungarn ein Staat-Kirche-Abkommen geschlossen, das für ein Ostblockland ziemlich einmalig sein dürfte und sich in jedem Land mit voller Kirchen- und Religionsfreiheit ohnehin erübrigen würde. Primas Kardinal *László Lékai* und der Präsident des staatlichen Kirchenamtes, Staatssekretär *Imre Miklós*, unterzeichneten ein Protokoll, das „die *Teilnahme von ‚weltlichen‘ Personen an der Seelsorgetätigkeit*“ regelt (Wortlaut des Protokolls im „Magyar Kurír“ vom 17. Oktober 1985).

Das Protokoll enthält eine doppelseitige Absichtserklärung: Der Staat nimmt zur Kenntnis, „daß sich im Leben der katholischen Kirche neue Bedürfnisse und Anforderungen bemerkbar machen“, und zeigt „Verständnis dafür, daß weltliche Personen (also Laien) auf der Grundlage des kirchlichen Gesetzbuches Tätigkeiten seelsorglichen Charakters verrichten“. Die *ungarische Bischofskonferenz* erklärt, „daß sie die Beteiligung weltlicher Personen an der Seelsorge als ein neuerliches Ergebnis der Weiterentwicklung des geordneten, guten Verhältnisses zwischen Kirche und Staat betrachtet“, daß „die Einbeziehung von weltlichen Personen in der Seelsorgetätigkeit großer Umsicht bedarf und für die Diözesanbischöfe eine erhöhte persönliche Verantwortung bedeutet“ und daß neben der Einhaltung der kanonischen Vorschriften „darauf zu achten“ sei, daß die weltlichen Personen es im Zuge ihrer Tätigkeit als ihre staatsbürgerliche Pflicht erachten, die Verfassung Ungarns und die gesetzliche Ordnung zu achten, „die friedliche Aufbauarbeit unserer Regierung zu unterstüt-

zen (und) die Entwicklung in unserer Heimat zu fördern“.

Das Problem stand in Ungarn längere Zeit an. Die Diözesen Ungarns leiden an einem immer akuter werdenden Priestermangel, zugleich sind Laien, vor allem Absolventen des theologischen Fernstudiums für Laien an der Katholisch Theologischen Akademie in Budapest (vgl. HK, Juli 1985, 311 ff.), bereit, in der Seelsorge mitzuwirken.

Dem Abkommen gingen langwierige Verhandlungen voraus. Sie selbst und das Protokoll machen deutlich, daß der Staat die jetzige Regelung als Entgegenkommen gegenüber der Kirche bzw. den Bischöfen betrachtet, die dem Staat dafür vor der Öffentlichkeit „gute“ Staat-Kirche-Verhältnisse bestätigen und sich als Dank bereit erklären müssen, dafür zu sorgen, daß alles in der vom Staat vorgesehenen Ordnung vor sich gehen kann. Dies entspricht volksdemokratischer ungarischer Tradition, nach der die staatliche Seite hin und wieder zu kleinen Schritten des Entgegenkommens bereit ist, solange er die Kontrolle über die Folgen behält oder die Bischöfe es übernehmen, sie in dem vom Staat gesteckten Rahmen zu garantieren.

Was das Abkommen tatsächlich bewirken wird und unter welchen Rahmenbedingungen in Ungarn künftig Laien auch hauptamtlich in der Seelsorge bzw. in der Gemeindefarbeit mitwirken können, wird erst klar werden, wenn die „detaillierten Modalitäten“, also die *kirchlichen Durchführungsbestimmungen* über die Einbeziehung von Laien in die seelsorgliche Tätigkeit vorliegen werden. Selbstverständlich können auch diese nicht ohne ausdrückliches staatliches Plazet erlassen werden.

Die Laien, die trotz der vom Staat gesetzten und von den Bischöfen akzeptierten engen Vorschriften bereit sind, im kirchlichen Dienst mitzuwirken, werden gewiß keinen leichten Stand haben. Das Experiment verspricht dennoch – im Blick auf die Staat-Kirche-Beziehung wie als innerkirchlicher Vorgang – interessant zu werden.

un